

Pressemitteilung der Allianz von Frauenorganisationen Deutschlands

Berlin, 27. Januar 2009

Der UN-CEDAW–Ausschuss lässt sich Mängel der deutschen Frauenpolitik ausführlich von deutschen Frauenverbänden erläutern.

Nach langer Vorarbeit und der Veröffentlichung dreier Alternativberichte wurde gestern vor der UN über die zahlreichen Diskriminierungen aufgrund des biologischen und sozialen Geschlechts in Deutschland verhandelt.

Die Allianz von Frauenorganisationen Deutschlands, der Verband Intersexueller Menschen/XY-Frauen, die Gruppe Menschenrechte und Transsexualität/ Transsexuelle Frauen und Wunschkind e.V. hatten Gelegenheit, Fragen des UN-CEDAW-Ausschusses zu einzelnen Themen der Frauenpolitik zu beantworten. Der Ausschuss hatte so großes Interesse, dass er spontan die Sitzung um eine Stunde verlängerte. Besonders begrüßt wurde, dass die vielfachen Diskriminierungen von Transsexuellen, Intersexuellen sowie Lesben und Schwulen überzeugend vorgetragen wurden.

Weitere thematische Schwerpunkte der Befragung der NGOs waren die unveränderte Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen auf dem deutschen Arbeitsmarkt und die Rolle der Gewerkschaften in dieser Frage. Nachfragen gab es zudem zur Wirksamkeit des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und zur Effektivität der Anti-Diskriminierungsstelle (ADS), d.h. wie erfolgreich sie die Beschwerden einzelner Bürgerinnen und Bürger behandelt.

Der Ausschuss gab zu bedenken, dass eine fehlende Umsetzung der Instrumente des Gender Mainstreaming und Budgeting eine Verletzung des CEDAW-Abkommens bedeutet.

Der Berichterstatter für Deutschland, Cornelis Flinterman, äußerte große Besorgnis darüber, dass die Bundesregierung die Empfehlungen des Ausschusses aus den vorangegangenen Jahren nicht genügend berücksichtigt.

Die deutsche NGO-Delegation erwartet nach der intensiven und detaillierten Befragung seitens des Ausschusses, dass sich am Montag, den 2. Februar, die VertreterInnen der Bundesregierung auch entsprechend ausführlichen Fragen stellen müssen. Zudem setzen die Frauenverbände darauf, dass die UN der Bundesregierung starke und differenzierte Vorgaben für ihre künftige Politik machen wird.